

Schmeinck: Menschenwürde wird verletzt

Flüchtlingsbetreuer kritisiert Abschiebepaxis in Niedersachsen – Vorstoß für neues Bleiberecht begrüßt

Von Ludger Jungeblut

LINGEN. Der Flüchtlingsbetreuer und stellvertretende Geschäftsführer des SKM – Katholischer Verein für soziale Dienste in Lingen, Hermann-Josef Schmeinck, hat die Abschiebepaxis in Niedersachsen gerügt. Im Interview mit unserer Zeitung verweist er auf Fälle, die nach seiner Ansicht die Menschenwürde verletzen. Hoffnungen setzt er in ein neues Bleiberecht.

Der frühere Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Gottfried Mahrenholz, hat der niedersächsischen Landesregierung im Zusammenhang mit deren Flüchtlingspolitik „Mangel an Menschlichkeit vorgeworfen“. Er kritisiert vor allem, dass Familien auseinandergerissen werden. Teilen Sie seine Kritik?

Die Kritik ist berechtigt und wird von mir geteilt: Mahrenholz stellt in der von ihm eingereichten Petition die Unantastbarkeit der Menschenwürde heraus. Jede Einzelmaßnahme, und das gilt insbesondere bei der Abschiebung von Menschen, muss sich an dieser Grundnorm der Verfassung messen lassen. Die Würdigung und die genaue Betrachtung des einzelnen Menschen und seiner Lebensumstände werden zu oft rationalen, rechtlichen Normen unterworfen und geraten in den Hintergrund. Ermessensspielräume werden nicht genutzt, und bundesrechtliche Regelungen werden vorgeschoben.

Interview mit unserer Zeitung

Eine zentrale Rolle spielt in der Diskussion die Härtefallkommission...

Die Kritik von Mahrenholz richtet sich in erster Linie gegen den Umgang mit einzelnen Schicksalen in der Härtefallkommission des Landes Niedersachsen. Die rechtlichen Hürden, die aufgebaut wurden, sind für viele zu hoch. Eine Eingabe an die Kommission scheidet schon im Vorfeld, und der Einzelfall erfährt keine Würdigung. Zudem ist das vorsitzende Mitglied der Kommission dem Ministerium gegenüber weisungsgebunden, und bei Entscheidungen über das Wohl und Wehe der Antragsteller ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Dies sind Bedingungen, die unabhängige,



Schlagzeilen machte in Niedersachsen der Fall der vietnamesischen Familie Nguyen, die durch Abschiebung zeitweise getrennt wurde.

Foto: privat

menschenwürdige Entscheidungen erschweren und den einzelnen Schicksalen nicht gerecht werden.

Warum geht kein hörbarer Aufschrei durchs Land, wenn Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben, von der Polizei abgeholt und dann abgeschoben werden?

Gerade in der letzten Zeit nimmt die Öffentlichkeit zunehmend Anteil an den Abschiebungen. Dies haben die „Fälle“ Nguyen, Salame und andere gezeigt. Im Fall der vietnamesischen Familie Nguyen hat der öffentliche Protest zu einer Rückkehr der Betroffenen geführt. Eine unsinnige, für den Menschen belastende Aktion, die durch eine rechtzeitige, humanitäre Beurteilung der Situation hätte verhindert werden können. Leider kommt die Unterstützung bei anderen Abschiebungen zu spät. So wurde jüngst ein Roma-Ehepaar aus dem Landkreis Cloppenburg unangekündigt abgeschoben. Das Ehepaar lebte schon lange in Deutschland, die Kinder leben alle hier, der Ehemann ist erkrankt. Dieses Vorgehen ist unangemessen und hält dem Maßstab der Unantastbarkeit der Menschenwürde nicht stand.



Mahnt eine menschliche Flüchtlingspolitik an: Hermann-Josef Schmeinck aus Lingen. Foto: Richard Heskamp

Müssten nicht auch die Kirchen viel lauter protestieren?

Der Protest ist nicht alleine Sache der Kirchen. Dabei darf nicht verkannt werden, dass gerade aus dem Bereich der Kirchen öffentliche Stellungnahmen und Unterstützung kommen; dies geht in vielen Fällen bis hin zum Asyl in kirchlichen Räumen. Die Wohlfahrtsverbände leisten zudem Unterstützungs- und Aufklärungsarbeit im Bereich der Flüchtlingssozialarbeit.

In der Predigt im Gottesdienst anlässlich der Rückkehr der Familie Nguyen benennt der Pastor ausdrück-

lich die „Verletzung von Würde und Menschenrecht“.

In Sonntagsreden wird eine Willkommenskultur gepredigt, damit sich Einwanderer in Deutschland wohlfühlen. Wie passt das zur Abschiebepaxis in Niedersachsen?

Die in Sonntagsreden proklamierte, sogenannte Willkommenskultur klammert leider häufig die Menschen, die sich vergeblich auf das Asylrecht in Artikel 16a unseres Grundgesetzes berufen haben und von Abschiebung bedroht sind, aus. Die schon erwähnte, in einigen Fällen menschenunwürdige Praxis der Abschiebungen führt die Begriffe „Willkommen“ und „Kultur“ ad absurdum.

Müssen Flüchtlinge, die von Ihnen betreut werden, in Kürze mit einer Abschiebung rechnen? Sind Härtefälle darunter?

Aktuell ist keine Abschiebung angekündigt. Es sind aber Menschen nach erfolglosem Asylverfahren zur Ausreise verpflichtet. Diese Menschen leben schon lange hier, und in einigen Fällen haben ihre Familienangehörigen einen Aufenthaltstitel erhalten. Dies sind in meinen Augen ohne Wenn und Aber humanitäre Härtefälle.

- ANZEIGE -

Jetzt bewerben!

Jugendkulturpreis „Talente 2012“

Der Jugendkulturpreis auf facebook

www.facebook.com/jugendkulturpreis

www.kulturforum-lingen.de

Was muss geschehen, damit Flüchtlinge in der Bundesrepublik menschlich behandelt werden und eine Perspektive bekommen?

Humanitäre Gründe sollten nach meiner Meinung stärkere Berücksichtigung finden. Ermessensspielräume müssen ausgenutzt und für Entscheidungen genutzt werden, ohne Gerichtsentscheidungen oder bundesgesetzliche Regelungen als angebliche Hinderungsgründe vorzuschieben. Wenn eine zeitnahe Rückführung unmöglich ist, sollte unmittelbar ein Aufenthalt ermöglicht werden, um damit die

Zeit konstruktiv zu nutzen für Ausbildung, Qualifikation sowie Arbeit und damit für die Integration. Dies betrifft insbesondere diejenigen Menschen, die schon lange hier leben und über denen immer das Damoklesschwert der Abschiebung schwebt. Wir reden vom Arbeitskräftemangel und schieben Menschen ab, die hier leben und hier für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden könnten.

Wie beurteilen Sie die Bemühungen des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann (CDU), sich für ein neues Bleiberecht auf Bundesebene einzusetzen?

Zunächst beurteile ich diesen Sinneswandel positiv. Noch im Februar hatte der Innenminister im Landtag eine von der Opposition geforderte Bundesratsinitiative zum Bleiberecht für überflüssig gehalten. Der jetzige Vorstoß bietet auch die Chance, bundesweit zu einer tragfähigen Bleiberechtsregelung im Sinne der betroffenen Menschen zu kommen. Außerdem sollen die Arbeitsbedingungen der Härtefallkommission verbessert werden. Hoffentlich werden die Anregungen von Professor Mahrenholz aufgegriffen.